



Baar, 6. Mai 2010

Zuger Notizen von Kantonsrat Alois Gössi

Konzept Sonderpädagogik

Der Regierungsrat genehmigt laufend Konzepte. Nach einem erfolgreichen Antrag von Kantonsrat E. Meienberg hat nun der Kantonsrat das Konzept Sonderpädagogik zu genehmigen. SP-Kantonsrat Eusebuis Spescha sagte es klar, dass sich der Kantonsrat wegen der Einführung von Pragma mit Leistungsaufträgen und Globalbudgets beschäftigen soll, aber sich doch nicht mit Konzepten auseinandersetzen, es nützte nichts. Der Kantonsrat genehmigt von den 1000 Konzepten, die gemacht werden, mit 999 nicht, ein einziges soll er es genehmigen. Die Mehrheit im Kantonsrat hat hier operativer Tätigkeiten mit strategischen gemischt.

Bei der Anrechnung von Arbeiten, die sich aus der integrativen Sonderschulung eines oder mehrerer Kinder in einer Klasse ergeben, kann die Klassenlehrperson auf allen Stufen 45 Minuten pro Schulwoche als Unterrichtszeiten angerechnet werden. Ein Antrag u.a. von SP-Kantonsrätin, dies auf 45 Minuten pro Kind und Schulwoche auszuweisen, wurde abgelehnt ebenso wie überhaupt auf eine Anrechnung von 45 Minuten Arbeitszeit zu verzichten. Schlussendlich wurde die Änderung des Schulgesetzes, Konzept Sonderpädagogik angenommen.

Einführung der Schweizerischen Zivilprozessordnung, Strafprozessordnung und Jugendstrafprozessordnung im Kanton Zug

Schweiz weit wird die Zivilprozessordnung, die Strafprozessordnung und die Jugendstrafprozessordnung per 1.1.2011 vereinheitlicht. Dies bedingt, dass auch bei uns im Kanton Zug diverse Gesetze, aber vor allem das GOG (Gerichtsorganisationsgesetz) total revidiert werden muss. Dank der vor 2 Jahren eingeführten Staatsanwaltschaftsmodells (die Staatsanwälte führen die Untersuchung und vertreten dann auch die Anklage) sind die nötigen Anpassungen bei uns kleiner ausgefallen. Es gab viele Abstimmungen zu diesen Gesetzen. Die wichtigste geplante Änderung war die Zentralisierung der Friedensrichter. Diese sollten nicht mehr in den Gemeinden „Frieden richten“, sondern zentralisiert in Zug. Argumentiert wurde mit den höheren Summe, über die inskünftig ein Friedensrichter endgültig entscheiden kann sowie den in der Regel fehlendem juristischem Know-How. Auf der anderen Seite, wurde unter anderem auch von mir, darauf hingewiesen, dass die Friedensrichter sehr gute Arbeit leisteten und eine sehr hohe Erfolgsquote haben. Das juristische Know-How ist bei den Friedensrichtern nicht im Vordergrund, es geht um „Frieden richten“. Die

1



Gemeinden befürworteten mehrheitlich (10 von 11), dass die Friedensrichter weiterhin bei den Gemeinden bleiben, sie tragen auch die Kosten. Die Zentralisierung wurde sehr klar mit 54:18 Stimmen abgelehnt. In der Justizprüfungskommission war noch mit 11:3 Stimmen bei einer Enthaltung (meine Stimme) für eine Zentralisierung gestimmt worden. Auch einige Mitglieder dieser Kommission haben ihr Stimmverhalten geändert! Für mich überraschend war, dass sich die Kommissionsmitglieder, die für die Zentralisierung in der Kommission stimmten, bei ihren FraktionskollegenInnen in keiner Art und Weise durchsetzen konnten, dies mindestens in gewissen Parteien.

Das Spezielle

Obergerichtspräsidentin I. Studer: wo ist die Würde davon betroffen, wenn ein Richter Teilzeit arbeitet zu einem Antrag von SVP-Seite, die bei einer Teilzeitrichterstelle die Würde der Richter in Gefahr sieht.

SVP-Kantonsrat Felix Häcki: dies ist kein SVP-Antrag, dies ist ein persönlicher Antrag von SVP-Kantonsrat Stephan Schleiss: die SVP distanzierte sich von einem Antrag ihres Parteipräsidenten!

Ich forderte heute den FDP-Kantonsrat Rudolf Balsiger im Rat auf, eine Motion für den Erlass eines neuen Gesetzes zurückzuziehen, damit seine Glaubwürdigkeit nicht auf dem Spiel steht. Rudolf Balsiger sagte kürzlich zu einem Postulat der SP und der AGF, dass neue Gesetze nur gefordert werden sollen, wenn gleichzeitig ein Gesetz abgeschafft werden soll. Und Rudolf Balsiger forderte keine Abschaffung eines Gesetzes in seinem Vorstoss, sondern nur ein neues Gesetz. Wie vorauszusehen war, zog er seine Motion nicht zurück. Aber wenigstens versprach er, wenn der Regierungsrat zu seiner Motion Bericht und Antrag stellt, eine Motion für die Abschaffung eines Gesetzes einzureichen. Ich werde dies genau verfolgen!

Alois Gössi, SP-Kantonsrat Baar